

So nicht, R2G!

Seit einem Jahr wuschelt der rot-rot-grüne Müller-Senat nun vor sich hin. Bei diesem Jahrestag gibt es „nichts zu feiern“. Was bleibt nach einem Jahr hängen? Rot-Rot-Grün ist weder gut für Berlin noch ist diese Koalition ein Modell für den Bund.

Keine Visionen für die Stadt, dafür regieren Klientelinteressen und Ideologie. Beispiel Verkehrspolitik, oder auch in der Schulpolitik, der Drogenpolitik und bei der fehlenden Festigung der Inneren Sicherheit.

Von der Dynamik der Stadt ist bei der Regierung nichts zu spüren. Der Wohnungsneubau ist eingebrochen, nichts Neues beim Ausbau der BVG und der S-Bahn. Vom BER und Tegel nach dem Volksentscheid mal ganz zu Schweigen.

Für den öffentlichen Dienst gibt es weder eine faire Bezahlung noch ausreichend Personal. Stattdessen bekam der frühere hauptamtliche Stasi-Spitzel Holm ein Regierungsamt zugeschanzt. Auch durch unseren Druck wurde er wieder entlassen.

Die CDU-Fraktion übernimmt auch weiterhin Verantwortung: mit aktiver Oppositionsarbeit. Bis dieser Senat endgültig scheitert und abtritt.



Ein Jahr Rot-Rot-Grün in Berlin. „Wir haben nichts zu feiern!“ Die Regierung sollte es auch nicht tun.

Graf: Rot-Rot-Grün spaltet die Stadt CDU-Fraktionschef: „Ideologie, Klientelinteressen und absoluter Stillstand, diese Jahresbilanz hat Berlin nicht verdient.“

Florian Graf ist als Vorsitzender der CDU-Fraktion Oppositionsführer im Berliner Abgeordnetenhaus. Er zieht Bilanz und kritisiert, dass der Müller-Senat in den vergangenen zwölf Monaten für Berlin nichts bewirkt hat.

Frage: Was hatten Sie sich von Senat erwartet?

Florian Graf: Wie alle Berliner vor allem Lösungen für die wachsenden Probleme und Herausforderungen Berlins. Aber der Regierende Bürgermeister scheut es, Verantwortung zu übernehmen und dringend benötigte Projekte voranzutreiben. Müller hat damit im Rekordtempo Vertrauen verspielt. Rot-Rot-Grün ist die unbeliebteste Regierung in ganz Deutschland.

Frage: Sprechen wir über eine der vielen großen Bau-

stellen des Senats, die Luftverkehrspolitik - auch keine glückliche Hand von Müller



bei Air Berlin, BER, Tegel?

Graf: Da sieht man die Entscheidungsschwäche und fehlenden Durchsetzungsfähigkeit des Regierenden Bürgermeisters. Wenn es darauf ankommt wie zum Beispiel bei Air Berlin, taucht er einfach für Wochen ab. Das schadet dem Wirtschaftsstandort Berlin, vor allem aber den Mitarbeitern von Air Berlin

und den Berliner Fluggästen, die jetzt mehr für ihre Flüge durch das Luftansa-

Grün. Auf keinem Gebiet hat der Senat etwas Positives vorzuweisen, es geht ihm nur um eine reine Klientelpolitik, die an der großen Mehrheit der Berliner aber völlig vorbeigeht. Ob bei der einseitigen Verkehrspolitik zu Lasten der Autofahrer und des ÖPNV oder beim Wohnungsbau. Die Wohnungsnot wird immer dramatischer – und die Linke-Bausenatorin bremst aus ideologischen Gründen den Wohnungsbau, wo sie nur kann.

Frage: Was wollen Sie besser machen?

Graf: Die Menschen mit ihren Ängsten und Sorgen ernst nehmen, mit Elan und Lust Berlin gestalten. Wir müssen dafür sorgen, dass Berlin nicht Schlusslicht bei der Bildung und der Sicherheit bleibt. Das hat die Stadt nicht verdient.

Frage: Wo sehen Sie weitere Senatsfehler?

Graf: Ich sehe eine katastrophale Leistungsbilanz nach einem Jahr Rot-Rot-

Viele Anträge im Parlament



Die CDU-Fraktion ist die aktivste Fraktion im Berliner Landesparlament. Keine andere Fraktion hat mehr Gesetzesentwürfe vorgelegt oder parlamentarische Antragsinitiativen gestartet. Mit mehr als 130 Anträgen hat die CDU-Fraktion doppelt so viele Anträge eingebracht wie die anderen Oppositionsfraktionen. Und auch verglichen mit den Regierungsfractionen kommt die CDU auf die doppelte Drucksachenzahl.

Auch bei den Haushaltsberatungen hat die CDU-Fraktion hunderte Änderungsvorschläge zu Rot-Rot-Grün vorgelegt. Ohne Fleiß, kein Preis.

Genauso wichtig ist es für die CDU-Fraktion, mit ihren Forderungen die wesentlichen Themen aufzugreifen, denn Quantität und Qualität der Anträge gehören zusammen. Kein Themenbereich wird ausgespart. Die innere Sicherheit, Verkehrsfragen, die Schulpolitik und der Wohnungsbau bilden dabei einen inhaltlichen Schwerpunkt.

Impressum

CDU-Fraktion Berlin

Niederkirchnerstr. 5
10117 Berlin

Telefon: 030 2325 2115
Telefax: 030 2325 2765

cdu-fraktion.berlin.de
cdufraktionberlin
CDUBerlin_AGH



Die Koalition - ein Desaster

(Berliner Morgenpost, 14. Januar 2017)

Von wegen gutes Regieren

(Berliner Zeitung, 14. Januar 2017)

Nach 38 Tagen löst sich die Idee von Rot-Rot-Grün in Luft auf

(BZ, 16. Januar 2017)

Verkehr: „Die haben doch ein Rad ab!“

Die Stadt wächst. Der Ärger der Pendler auch. Senat ohne Konzept auf Straße und Schiene

Leihräder und grün angelegte Radwege – andere Verkehrsmittel kommen in der Traumwelt der Linkskoalition allenfalls noch mit Elektromotor betrieben vor.

Unter Senatorin Günther ist die Verkehrspolitik nach einem Jahr im Amt zum ideologischen Kampf auf der Straße verkommen.

Menschen, die auf das Auto angewiesen sind um zur Arbeit zu kommen, den Großeinkauf zu erledigen oder ihre Kinder vom Fußballtraining abzuholen, dürfen sich unter Rot-Rot-Grün nur noch als Bürger zweiter Klasse fühlen. Es ist blanker Hohn, Tempo 30 auf allen Hauptstraßen



Fahrzeuge angeschafft werden.

Für Radfahrer werden vor allem die Nebenstraßen attraktiver gestaltet. Auch bei der A100 und der TVO will die CDU aufs Pedal drücken. Die Straßensanierung insgesamt soll aus dem Winterschlaf geholt werden.

Rot-Rot-Grün hat es auch nach einem Jahr noch nicht verstanden: Eine wachsende Stadt braucht eine wachsende Infrastruktur und eine Verkehrspolitik, die allen Bürgern Berlins zugutekommt.

CDU-Verkehrskonzept auf: www.cdu-fraktion.berlin.de

einzuführen, wenn der Verkehr schon jetzt aus allen Nähten platzt. Auch Begrenzungen und Fahrverbote lösen die Probleme nicht.

Die CDU-Fraktion will es anders machen: in einem vielbeachteten Konzeptpapier tritt sie für ein gleichberechtigtes Miteinander aller Verkehrsteilnehmer

Ziele in der Stadt müssen zu Fuß, per Auto, per Rad und mit dem ÖPNV gut erreichbar sein. Pendler sollen entlastet, die S-Bahn ausgebaut und neue BVG-

Mehr Wirtschaft wagen?!

Rot-Rot-Grün setzt in der Wirtschaftspolitik keine Schwerpunkte. Der Strom soll verstaatlicht werden, die Rechnung trägt der einfache Stromkunde. Mehr als 100 Millionen Euro an Steuergeldern lässt sich Berlin das kosten. Für Null Innovation. Auch nach einem Jahr fehlt es an einer wirtschaftspolitischen Vision für Berlin.

Stattdessen, so findet es die CDU-Fraktion, sollte der Senat endlich für die Sicherung der Gewerbeflächen sorgen und die lokale Wirtschaft in den Bezirken stärken. Das ICC als wichtiger Kongress-Standort unserer stetig wachsenden Wirtschaftsmetropole soll saniert anstatt zerredet werden.

Sicherheit im Senat: Randthema statt Chefsache

CDU kritisiert arabische Clans in der Polizei, Polizeiausstattung und Abschiebestopp

Berlins rot-rot-grüne Regierung weigert sich auch nach einem Jahr im Amt, starke Maßnahmen gegen Einbrüche, Gewalttäter und Terrorgefahr zu ergreifen.

Polizei und Feuerwehr müssen endlich besser ausgerüstet und besonders gefährliche Orte dauerhaft videoüberwacht werden. Nur so lässt sich Kriminalität zurückdrängen und können Straftaten schneller aufgeklärt werden.

Ja zur Videoüberwachung

Doch Innensenator Geisel lässt die Polizei nur mit zwei mobilen Kameras auf dem Bollerwagen durch die Stadt tuckern. Nachdem die Regierungsfaktionen den CDU-Gesetzesentwurf für mehr Videoüberwachung abgelehnt hatte, ist jetzt ein Volksbegehren für mehr Vi-

deoüberwachung gestartet.

Vorschläge für Sicherheit

Ähnlich erging es den CDU-Vorschlägen für mehr Körperkameras, neue Schutzwesten und bessere Fahrzeuge. Alle eiskalt abgeübelt. Stattdessen hofiert der linke Senat lieber den Drogenhandel, die Abkehr von der Null-Toleranz-Politik rund um den Görzter Park ist eine Einladung an alle Dealer dieser Stadt. Was die Linkskoalition hier als Toleranz verkaufen will, ist in Wahrheit eine Ohnmachtserklärung.

Dazu passt der Versuch des Senats, die skandalösen Enthüllungen an der Polizeiakademie kleinzureden. Die CDU-Fraktion hat deshalb einen unabhängigen Sonderermittler gefordert, der die Schweigespirale bei den Mitarbeitern durchbricht und den Verdacht der ge-



zielen Unterwanderung durch arabische Clans aufklären soll.

Abschiebung erleichtern

Die rot-rot-grüne Verweigerungshaltung beim Thema Abschiebungen und Abschiebehaft schließlich schlägt dem Fass den Boden aus. Selbst der Terroran-

schlag am Breitscheidplatz oder der grausame Tiergartenmord haben beim Linksbündnis zu keinem Umdenken geführt. Vernünftige Forderungen der CDU-Fraktion nach einer elektronischen Fußfessel für Gefährder, der Schleierfahndung oder der Vorratsspeicherung werden stur ignoriert. Wie lange soll das noch so

CDU-Gesetzesentwurf für mehr Videokameras und Anträge im Parlament: www.cdu-fraktion.berlin.de Jetzt Volksinitiative unterstützen (Seite 4)

Justiz ohne Justizsenator

Berlins Staatsanwälte warnen: in weiten Teilen Berlins gäbe es keinen funktionierenden Rechtsstaat mehr. Wichtige Stellen sind seit einem Jahr nicht neu besetzt. In den Vollzugsanstalten mangelt es nicht an Inhaftierten, dafür aber an Personal, Drogenspürhunden und Sicherheitsausrüstung.

Und dennoch wählt der Justizsenator Dirk Behrendt ganz eigene Arbeitsschwerpunkte: Er kämpft für Unisextoiletten, die auch Frauen im Stehen nutzen sollen. Und zieht für artgerechte Schweineterhaltung vor das Verfassungsgericht, obwohl es in Berlin keinen einzigen Schweinemastbetrieb gibt. Das mag die grüne Wählerschaft freuen, an den Problemen Berlins geht es meilenweit vorbei. Nicht von ungefähr wird Behrendt schon „Senator für Nebensächlichkeiten“ genannt.

Zündende Ideen

der CDU-Fraktion. Vom Senat ausgepustet.



Senat im Blindflug

Dem Müller-Senat fehlt es an Vision und Kraft für eine wirklich zukunftsorientierte Flughafenpolitik.

Die jahrelangen Unsicherheiten und immer neue Terminverschiebungen am BER sind ein Trauerspiel – und eng verknüpft mit Klaus Wowereit und Michael Müller.

Während der eine Flughafen nicht eröffnet, rüttelt der Senat am Fortbestand des Flughafens Tegel. Die deutsche Hauptstadt braucht aber funktionierende Flugverbindungen, denn Berlin ist Metropole und nicht Provinz.

Bildungspolitik in der Kritik

Auch nach 21 Jahren SPD-geführter Bildungspolitik und im 6. Regierungsjahr von Senatorin Scheeres sind die Lernergebnisse weiter im Keller.

Vollständig im Koalitionsvertrag auf Platz Eins gesetzt, gibt es statt großer „Durchbrüche“ die alten Probleme: Lehrer- und Erziehermangel, die meisten Schulabbrecher, Niveauabsenkung, zu große Kita-Gruppen, Sanierungsstau und Neubaubedarf in Milliardenhöhe. Selbst wenn die De-

cke in der Schule einstürzt, haben Schulleiter den Mund zu halten und wochenlang zu warten, bis die Senatorin mal Zeit hat vorbeizuschauen.

Senatorin Scheeres hat es versäumt, rechtzeitig für mehr Studienplätze für Lehrer zu sorgen und ausgebildete Lehrer in der Stadt zu halten. So wurden in diesem Jahr mehr als 50% der Grundschullehrer ohne volle Ausbildung eingestellt, Wissenschaftler sagen einen weiteren dramatischen

Verfall der Unterrichtsqualität vorher.

Flüchtlingskinder und Kinder mit Förderbedarf werden in Regelklassen „integriert“, ohne dass es ausreichend Unterstützung für sie gibt. Die Gymnasien führen unter Rot-Rot-Grün ein Stiefmütterchendasein.

Unambitioniert und weit weg von den Problemen und Themen der Schüler, Lehrer und Eltern in Berlin – das ist die bittere Realität der SPD-Bildungspolitik.

Wohnungsbau liegt brach. Viel Lärm um Nichts.

Eigentlich ist es ganz simpel: Wer neuen, zusätzlichen Wohnraum schaffen will, muss bauen. Bausenatorin Lompscher verhindert dies, wo sie nur kann.

Warum bremst sie private Bauträger aus? Warum werden Baulücken nicht konsequent geschlossen und warum Dachausbauten erschwert? In einem wütenden Brandbrief hatten sich das zuletzt sogar die

landeseigenen Wohnungsgesellschaften gefragt. Auf die großen Hürden, die dort beschrieben werden, hat die Koalition keine Antwort!

80.000 Wohnungen fehlen

Warum Rot-Rot-Grün sich mit Ex-Stasimann Holm einen Befürworter von Hausbesetzungen und Enteignungen als Berater an den Senatstisch holt, versteht niemand.

Der große Verlierer dieser Politik ist die Mittelschicht.

Denn der fehlende Neubaubau treibt die Mietpreise in die Höhe. Schon jetzt fehlen fast 80.000 Wohnungen. Nur wer den öffentlichen, den Neubau der Genossenschaften und den privaten Wohnungsbau gleichsam vorantreibt, kann die Wohnungsknappheit abmildern und bezahlbaren Wohnraum für Alle schaffen.



Hertha gehört nach Berlin

Der Neubau der Schwimmbäder in Pankow und Marienfelde stockt, das Strandbad Tegel hat der Senat sogar endgültig geschlossen. Und die Sporthallen, in denen Flüchtlinge untergebracht waren, sind zum Teil immer noch nicht benutzbar. Das schadet dem Vereinssport in der Stadt ungemain.

Wie es mit dem Olympiastadion weitergeht, steht in den Sternen. Für die CDU-Fraktion ist ganz klar: Hertha BSC gehört nach Berlin. Eine Austragung der Heimspiele außerhalb der Stadtgrenzen darf es nicht geben.



Ein Jahr Rot-Rot-Grün in Berlin. „Wir haben nichts zu feiern!“ Die Regierung sollte es auch nicht tun.

Viel Ursache, wenig Wirkung

Sozialsenatorin Breitenbach merkt langsam, worauf sie sich da eingelassen hat: Auch nach einem Jahr sind die Notunterkünfte für Flüchtlinge immer noch nicht komplett freigezogen und bei der Unterbringung in dezentrale Wohneinheiten hakt es gewaltig.

Bei den Obdachlosen werden nur die Symptome bekämpft, statt endlich die Ursachen anzugehen und für genug Wohnraum zu sorgen. Ein großes Problem ist auch die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Immer noch ist jeder 10. Jugendliche in Berlin ohne Schulabschluss. Die CDU-Fraktion will deshalb die Jugendberufsagenturen nachhaltig stärken.

Schlichtweg unseriös

„Investitionen rauf, Schulden runter“, hieß es bei den Finanzen in den vergangenen Jahren. Bei der Linkskoalition ist es damit vorbei.

In der letzten Wahlperiode wurden immerhin 3,5 Milliarden Euro Schulden getilgt und der weitere Abbau gesetzlich festgeschrieben. Genau dieses Gesetz kippte

Rot-Rot-Grün. Schließlich müssen die eigenen ideologischen Projekte ja finanziert werden.

Allerdings ist es eine Finanzierung zu Lasten der nächsten Generation. Schon Wowereit handelte beim BER nach dem Motto „Nach mir die Sintflut!“. Als finanzpolitisches Motto ist das aber schlicht ein: unseriös.

Ideologie auf dem Rücken der Kleinsten

Die Berliner kriegen endlich wieder mehr Kinder, die Kreißsäle der Krankenhäuser sind aber am Limit.

Die CDU-Fraktion will die Geburtshilfe stärken, die Kreißsäle ausbauen und den Hebammenberuf aufwerten. Aber was macht Senatorin Kolat? Sie steckt 300.000 Euro in die Untersuchung von Drogenkon-

sum in der Berliner Partyszene. Und wer endlich den Pflegeberuf attraktiver machen will, ist bei Rot-Rot-Grün ebenfalls an der falschen Adresse. Denn eine eigene Pflegekammer wird stur abgelehnt. Das rein ideologische „Nein!“ des linken Senats bei der Impfpflicht an Kitas macht Berliner Eltern schließlich nur noch sprachlos.

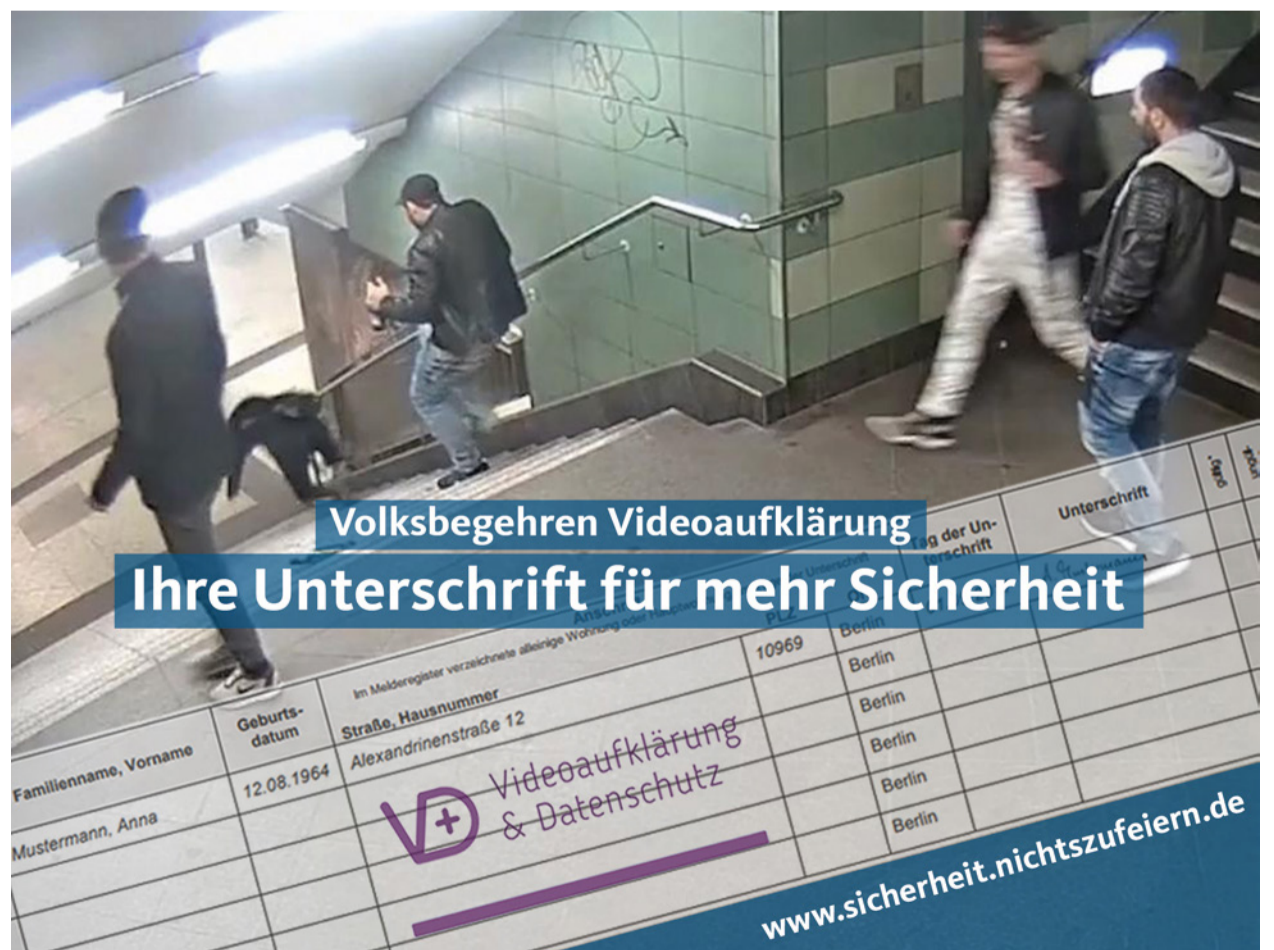
Kultur für Kleingeister

Wo nur die kulturelle Gießkanne regiert, werden die Bäume nicht in die Höhe wachsen.

Statt Schwerpunkte zu bestimmen und auskömmlich zu finanzieren, verliert sich Rot-Rot-Grün im Kleinklein und will es jedem recht machen. Überzeugende Konzepte zur Förderung von Kreativstandor-

ten sind ebenfalls nicht in Sicht.

Einig ist man sich nur, auf Privatinitiative verzichten zu wollen. Und dann bietet Senator Lederer den Besetzern der Volksbühne auch noch Räume an, statt ihnen ihre Grenzen aufzuzeigen. Räume, die übrigens für alle anderen Künstler immer knapper werden.



Mehr Infos unter www.nichtszufiern.de

www.sicherheit.nichtszufiern.de